

«Wenn wir scheitern, gibt es keinen Weg zurück»

«HarmoS ist auf gutem Weg.» Das ist – allen Widerständen zum Trotz – die Überzeugung von Isabelle Chassot, EDK-Präsidentin und Bildungsdirektorin des Kantons Freiburg. Mühe macht ihr allerdings die einseitig auf Emotionen setzende Politik der HarmoS-Gegnerschaft, wie sie im Gespräch mit BILDUNG SCHWEIZ darlegt.

BILDUNG SCHWEIZ: Wenn in einem Orchester von 25 Musikern fünf oder sechs eine andere Melodie spielen als die Mehrheit – ergibt das nach Ihrer Ansicht eine Harmonie?

Isabelle Chassot: In der Musik kennen wir zum Beispiel das Quodlibet, bei dem verschiedene Melodien kombiniert werden, die zusammen ein harmonisches Ganzes ergeben. Aber, um auf die Politik zurückzukommen: Die mehrsprachige, interkulturelle Schweiz wird immer auch mehrstimmig bleiben; das ist ein Reichtum unseres Landes.

Wir müssen immer damit rechnen, dass Melodien unterschiedlich gespielt werden und anders klingen. Gerade bei HarmoS erleben wir zurzeit, wie verschieden das Bestreben zur Harmonisierung aufgenommen wird. Genau aus diesem Grund haben wir bei HarmoS die Melodie auf die wichtigsten Parameter beschränkt, bei denen wir wirklich zusammenspielen müssen. Das wird eines Tages auch der Fall sein, aber bis dahin spielen wir eben noch einige Jahre polyphon. Die Partitur hat uns im Übrigen die Bundesverfassung vorgegeben; die Kantone stehen in der Pflicht zur Harmonisierung.

Zur Bildungsverfassung gab es 2006 eine Zustimmung von mehr als 80 Prozent.

HarmoS – als Konsequenz aus dieser Bildungsverfassung – stösst auf politischen Widerstand und wird in einzelnen Kantonen abgelehnt. Woher kommt das?

Verfassungsartikel sind meistens ja nicht sehr konkret, aber die Bildungsverfassung war konkret genug, um zu zeigen, was in der Praxis auf uns zukommen würde. Ausserdem hatten wir damals bereits das HarmoS-Konkordat in die Vernehmlassung gegeben. Dennoch haben alle Kantone mit grossem Mehr von 86 Prozent Ja zugestimmt. Ich sagte damals, am Abend des Abstimmungssonntags, die Zustimmung sei sehr hoch, vielleicht sogar etwas zu hoch, weil jeder gemeint hätte, nun würde das eigene



EDK-Präsidentin Isabelle Chassot:
«Die mehrsprachige Schweiz wird immer auch mehrstimmig bleiben.»

Foto: zvg. / Droits réservés

System für allgemeingültig erklärt. Und so ist es zum Teil auch gekommen. Wir wussten, dass für einzelne Kantone die Änderungen der Schulstrukturen gross sein würden. Doch 2006 war der Drang zur Harmonisierung stark und es schien, als könne es gar nicht schnell genug gehen. Aber wir wussten, dass man sich in Schulfragen mit Veränderungen Zeit lassen muss, um so mehr, wenn es mehrere Kantone betrifft.

Noch komplizierter wird die Sache durch die Art und Weise der politischen Diskussion um das Konkordat. Ich muss viel

Zeit aufwenden, um zu erklären, was HarmoS ist und was nicht, während die Gegner dauernd von Dingen sprechen, die gar nicht drin stehen. Das macht es schwierig, in ein Gespräch zu kommen.

Wie waren Ihre Gefühle nach dem fundamental ablehnenden Resultat der Abstimmungen im Mai zum Bildungskleblatt im Aargau?

Umfassende Bildungsreformen haben es schwer in der Schweiz. Sie sollten Schritt für Schritt realisiert werden. Damit solche Reformen gelingen, muss das Ziel

«Manchmal habe ich den Eindruck, viel mehr als um HarmoS selbst geht es bei diesen Abstimmungen um den Wandel der Gesellschaft, des Familienbildes und der Rolle des Staates. Bei solchen stark emotionalen Fragen kommen Sie mit sachlicher Informationspolitik fast nicht an die Leute heran.»

für alle klar sein, der Weg muss erkennbar sein und die Zeit und die Mittel müssen vorhanden sein. Schliesslich braucht es Transparenz in der Durchführung und die Begleitung durch eine Evaluation. Das ist wichtig, damit die Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern und die Stimmbürger Vertrauen haben können. Das Bildungskleeblatt war eine sehr komplexe und mutige Vorlage. Ich kann jedes einzelne Element davon unterstützen, aber es ging in jedem Element über HarmoS hinaus. Deshalb hat uns das Resultat im Aargau wohl auch gezeigt: «Back to the basics.»

Die Erziehungsdirektoren haben das Konkordat einstimmig beschlossen, in den Parlamenten wird es weitgehend gutgeheissen, aber wenn das Volk über HarmoS abstimmt, ist der Ausgang sehr ungewiss. Was schliessen Sie daraus?

Der erste Schluss, den ich daraus ziehe, ist, dass die Informationspolitik der Behörden ein wichtiger Eckpfeiler jeder Vorlage ist. Die Vorlagen müssen erklärt werden und es braucht ein grosses persönliches Engagement in jedem einzelnen Kanton. Das bedeutet auch: Man kann eine solche Vorlage nicht in der Erziehungsdirektion allein vorbereiten. Schon in der Phase der Ideen müssen die Schulbehörden, die Verbände der Lehrpersonen und der Eltern einbezogen werden. Zudem braucht es Pilotprojekte, die zeigen, wie die Idee funktionieren kann. Man muss auch versuchen, bei den Parteien eine gute Basis zu schaffen. Wenn aber alle, die direkt mit Schule zu tun haben, an einem Strick ziehen, dann steigen die Chancen, eine Vorlage durchzubringen.

Kann es sein, dass die EDK und ihre Mitglieder bisher zu wenig getan haben, dem Volk aufzuzeigen, weshalb HarmoS ein – für die Kinder wie für unsere Gesellschaft – nützliches Projekt ist? Wollen und können Sie das korrigieren?

Weil Sie mich damit als EDK-Präsidentin ansprechen, will ich vorausschicken: Die EDK ist nicht das nationale Bildungsministerium. Wir hängen sehr am Bildungs-Föderalismus, weil Schule mit Nähe zu tun hat, aber auch mit Tradition und Staatsverständnis, die in einem mehrsprachigen Land naturgemäss unterschiedlich sind. So ist es in der Romandie im Gegensatz zur Deutschschweiz völlig unbestritten, dass die Schule auch einen Erziehungsauftrag hat; man fordert sogar noch mehr Erziehung von ihr.

Die EDK ist nichts anderes als die Konferenz der 26 Kantonsvertreterinnen und -vertreter in Sachen Erziehung. Sie hat aber bei HarmoS eine zentrale Rolle in der Information übernommen wie noch selten zuvor – durch eine sehr lange Vernehmlassung, durch Broschüren, durch einen Internet-Auftritt mit allen relevanten Fakten. Das muss dann aber in den Kantonen übernommen und umgesetzt werden. Ich zweifle nicht an der Arbeit meiner 25 Kolleginnen und Kollegen, aber Einzelne haben in ihren Kantonen natürlich eine schwierigere Ausgangslage als andere, denken wir zum Beispiel an die erste HarmoS-Abstimmung in Luzern, wo es um die Einführung des zweiten Kindergartenjahrs ging. Manchmal habe ich aber auch den Eindruck, das Thema bei diesen Abstimmungen ist weniger HarmoS selbst als der Wandel der Gesellschaft, des Familienbildes und der Rolle des Staates. Bei solchen stark emotionalen Diskussionen kommen Sie mit sachlicher Informationspolitik fast nicht an die Leute heran.

Das ist aber genau das Klavier, auf dem die Gegnerschaft spielt.

Da müssen wir aufpassen. Emotionen dürfen dabei sein, aber wir haben als gewählte Politiker die Pflicht zur Information. Dabei müssen wir auf dem Boden der Tatsachen bleiben. Wenn behauptet wird, der Staat wolle den Eltern

die Kinder wegnehmen, dann kann ich sagen: Lesen Sie den Artikel, davon steht nichts im Konkordat; es steht nirgends, dass der Kindergarten abgeschafft wird. Jeder Kanton hat die Freiheit, die ersten Schuljahre zu organisieren wie er will; auch in meinem Kanton wird der Kindergarten bleiben. Die Gegner sagen dann: Das gilt vielleicht für heute, aber in zehn Jahren macht die Politik sowieso, was sie will... Nur braucht dies dann wieder entsprechende demokratische Entscheide.

Verbinden Sie mit HarmoS ein persönliches Engagement und haben Sie den Ehrgeiz, dieses Projekt noch in Ihrer Amtszeit als Präsidentin der EDK abzuschliessen? Oder warten Sie in vornehmer Zurückhaltung ab, was die Kantone zustande bringen?

Ich warte keineswegs aus der Distanz ab; ich fiebere bei jedem Kanton mit. Sie wissen vielleicht, dass ich seit kurzem ebenfalls ein Referendum im Haus habe. Das wird von ausserhalb des Kantons gesteuert, und der Angriff gilt sicher nicht zuletzt mir in meiner Funktion als EDK-Präsidentin. Es ist aber nicht Sache der EDK-Präsidentin, in anderen Kantonen die Kampagne zu führen. Das würde auch nicht verstanden, man will keinen Schulvogt aus Bern. Ich versuche, von hier aus, die Arbeiten möglichst gut zu koordinieren und dafür zu sorgen, dass der Fahrplan eingehalten wird.

Falls die Frage ist, ob ich an HarmoS glaube, dann sage ich: HarmoS ist die einzige Möglichkeit, wenn wir keine national geführte Schule wollen. Entweder wir schaffen den zugegeben schwierigen Weg, dass sich die 26 Kantone auf die wichtigsten Punkte einigen, oder wir scheitern. Wenn wir aber scheitern, dann gibt es keinen Weg zurück zu der Zeit, wo jeder Kanton sein eigenes Schulsystem völlig unabhängig von den anderen Kantonen entwickeln konnte. Dann ist das Risiko gross, dass eine nati-

onale Lösung kommt, die wertvolle kulturelle Eigenheiten einebnet, und das wäre in meinen Augen falsch.

Als EDK-Präsidentin bin ich für vier Jahre gewählt, und es ist völlig klar, dass die Harmonisierung der Schule viel länger dauern wird. Grundsätzlich bin ich wieder wählbar, aber ich werde mich freier fühlen in der Entscheidung, ob ich weitermache oder nicht, wenn HarmoS auf gutem Wege ist. Falls ich den Eindruck hätte, das sei nicht der Fall, so wäre es nicht meine Art, davon wegzugehen. Aber ich betone es einmal mehr: HarmoS ist auf gutem Weg.

Der EDK-Vorstand hat beschlossen, das HarmoS-Konkordat per 1. August 2009 in Kraft zu setzen. Er hat darauf verzichtet, einen Marschhalt einzulegen, bis weitere Kantone sich entschieden haben, oder den vor der Entscheidung stehenden Kantonen eine politische Brücke zu bauen – zum Beispiel durch Verlängerung der Übergangsfristen oder eine offizielle Erklärung zur Dispensation vom Kindergartenbesuch. Warum?

Die EDK hat das Konkordat nach einer langen Vernehmlassung verabschiedet, und es ist nun wichtig, dass alle Kantone dazu Stellung nehmen. Erst wenn das geschehen ist, können die Konkordats-Kantone entscheiden, welche Brücke sie den anderen bauen wollen. Denn auf der anderen Seite der Brücke werden die nicht beigetretenen Kantone stehen, die – wie alle – einen Verfassungsauftrag haben und uns aufzeigen müssen, wie sie diesen Auftrag zu erfüllen gedenken. Es wäre undemokratisch, ein Konkordat abzuändern, noch bevor die Beitrittsverfahren abgeschlossen sind.

Aber es gibt Interpretations-Spielraum, zum Beispiel in Bezug auf die Einschulung.

Das Konkordat gibt den Regelverlauf für die kantonalen Systeme vor; die Frage der individuellen Einschulung, Vorverschiebungen, Rückstellungen etc. bleibt weiterhin durch das jeweilige kantonale Recht zu regeln. So war es von Anfang an klar, dass wir unterschiedliche Regelungen für die Dispensation von der Einschulung mit vier Jahren haben werden.

Sie haben an der Medienkonferenz im Mai sehr entschieden gesagt, es gebe für eine Zwangsregelung durch den Bund keinen Bedarf. Woher nehmen Sie diese Zuversicht?

Stellen Sie sich vor: Das Bundesparlament müsste über ein Gesetz entscheiden, das dann für alle 26 Schulsysteme mit ihren verschiedenen Kulturen und ihrem unterschiedlichen Staatsverständnis Gültigkeit hat. Wären diese Probleme wirklich mit dem System von Mehrheit und Minderheit zu lösen? Ich würde mir grosse Sorgen machen um die Schule in unserem Land, wenn die Bundeskompetenz zum Tragen käme.

Man kann sich vorstellen, dass Bildungsreformen mit einem nationalen Bildungsdepartement und einer Bundesrätin für Bildung einfacher und schneller durchzusetzen wären. Wüssten Sie sich, einer solchen Behörde vorzustehen?

Dazu zwei Antworten. Erstens: Ich wünsche mir ein Bildungsdepartement auf Bundesebene. Das heisst: Alle Zuständigkeiten des Bundes im Bildungsbereich sind in einem einzigen Departement zusammenzufassen, das sich auch um anderes, namentlich um Kultur und Sport, zu kümmern hätte. In der jetzigen Situation, wo die Bildung auf zwei Departemente verteilt ist, fehlt es oft an Kohärenz im System.

Wenn Ihre Frage auf mich persönlich zugeschnitten ist, sage ich: Das gehört definitiv nicht zu meinen Träumen, auch nicht zu meinen Albträumen. Regierungsrat – in unserem Kanton Staatsrat – zu sein, ist eines der schönsten politischen Mandate. Wenn ich aus meinem Büro in Freiburg auf die Strasse trete oder in eine Versammlung gehe, dann begegne ich Leuten, die von meiner Arbeit betroffen sind, und ich erlebe die Effekte politischen Handelns direkt mit. Die Leute sagen mir persönlich: «Was Sie entschieden haben, funktioniert so nicht.» Oder sie bitten mich, einmal in ihre Schule zu kommen. Und ich kann ihnen antworten: «Ja, das werden wir nochmals anschauen, um eine gute Lösung zu finden.» Diese Nähe kennt ein Bundesrat nicht.

Interview: Heinz Weber

EDK-Präsidentin Isabelle Chassot

Isabelle Chassot (44) wurde per 1. Januar 2002 in den Freiburger Staatsrat gewählt und ist seither Vorsteherin der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD). Von 1992–2001 war die CVP-Politikerin Mitglied des Freiburger Grossen Rates (kantonale Legislative).

Per 1. Juli 2006 wurde Isabelle Chassot zur Präsidentin der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK gewählt. Sie folgte in diesem Amt dem St. Galler Regierungsrat Hans Ulrich Stöckling.

Die zweisprachige Juristin (zweisprachiges Lizentiat an der Universität Freiburg 1988) hat 1992 das Anwaltspatent erworben und verschiedene Tätigkeiten in diesem Bereich ausgeübt (Gerichtsschreiberin, Assistentin Staatsrecht, Advokatur). Ab 1995 bis zu ihrer Wahl in die Freiburger Regierung arbeitete sie im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement im Dienst der Bundesräte Arnold Koller und Ruth Metzler.

HarmoS per 1.8.2009

Das HarmoS-Konkordat wird am 1. August 2009 in Kraft treten. Es gilt ab dann für jene bisher zehn Kantone, welche dem Konkordat beigetreten sind (SH, GL, VD, JU, NE, VS, SG, ZH, GE und TI). Sie haben die Bestimmungen des Konkordats, die sie noch nicht erfüllen, auf Beginn des Schuljahres 2015/2016 umzusetzen. Dieselbe Frist gilt für Kantone, die dem Konkordat nach dem 1. August 2009 beitreten werden. Vier Kantone haben bisher den Beitritt abgelehnt.

Die «Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule» (HarmoS-Konkordat) vereinheitlicht erstmals national die Dauer und die wichtigsten Ziele der Bildungsstufen sowie deren Übergänge. Gleichzeitig werden die bisherigen nationalen Lösungen im Schulkonkordat von 1970 bezüglich Schuleintrittsalter und Schulpflicht aktualisiert.

Weiter im Netz
www.edk.ch